



## NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krebs



### Geschlossen: Willkommenskultur ist starkes Signal gegen Terror



Paris, Ankara, Beirut, Bamako, New York City... Manche Ereignisse verändern die Welt. Einige Bilder gehen um die Welt und werden nie vergessen. Sie schockieren. So war es am 11. September 2001. So war es am 7. Januar 2015. So war es am 13. September 2015. Auf der Straße, in einer Kneipe, auf dem Hauptbahnhof - vielerorts kamen die Menschen zusammen. Gemeinsam erblickten sie auf Info-tafeln oder im Fernsehen die Verletzlichkeit unserer Welt, erleben etwas, das Spuren hinterlässt.

Jetzt wird über das Weltklima in einem Klima der Angst debattiert. Ein Ereignis wie der Weltklimagipfel wäre an jedem Ort der Welt eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte. In Paris, nur wenige Wochen nach den islamistischen Anschlägen vom 13. November, bei denen 130 Menschen getötet wurden, ist er ein wahrer Kraftakt. Doch es ist gut, dass Paris genau dieses deutliche Zeichen setzt: Jetzt erst recht!

Denn was ist das Ziel des Terrors? Angst, Gewalt und Uneinigkeit. Doch so wollen wir nicht reagieren. Vielmehr werden wir mit absoluter Entschlossenheit und gebotener Besonnenheit alle Mittel der wehrhaften Demokratien nutzen, um die Terroristen aufzuspüren, zu bestrafen und ihre Mordpläne zu vereiteln. Die Attentate haben uns getroffen. Aber wir fallen nicht. Wir stehen. Wir stehen auf dem Fundament der Freiheit und der Demokratie! Dennoch werden und dürfen wir die Gefahr des Terrors nicht verharmlosen. Jedoch werden wir ebenso wenig zulassen, dass Terroristen unser Leben durch Angst vergiften.

Natürlich ist es kein Zufall, dass die Bedrohung durch den „Islamischen Staat“ mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zusammenfällt: Der Terror zwingt Menschen zur Flucht. Und wir in Europa, Deutschland und NRW nehmen diese Menschen auf. Und genau diese Willkommenskultur ist der größte Feind des islamistischen Terrors. Sie ist die erste große Niederlage, die wir den Terroristen im Kampf um die Freiheit beibringen.

Um auch ein deutliches Zeichen aus dem nordrhein-westfälischen Landtag zu setzen, haben am Mittwoch alle fünf vertretenen Fraktionen die Resolution "Entschlossen und besonnen für die Freiheit und gegen den Terror" verabschiedet.

Drucksache [16/10307](#) (Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grüne, FDP und Piraten)

### Gesetzt: NRW gibt ab 2016 mehr Geld für Sporttrainer



Die SPD-Landtagsfraktion hat gemeinsam mit ihrem grünen Koalitionspartner eine Erhöhung der Zuwendungen zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen, der so genannten Übungsleiterpauschale, durchgesetzt. Dazu die drei Düsseldorfer SPD-Landtagsabgeordneten: „Nachdem in den vergangenen Jahren die Zuschüsse für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter stagnierten, werden wir zunächst in 2016 die Übungsleiterpauschale um 900.000 Euro auf über 6,6 Millionen Euro erhöhen; in 2017 kommen dann nochmals 900.000 Euro dazu. Davon werden auch in Düsseldorf die Sportvereine mit Zuwächsen in Höhe von bis zu 30 Prozent profitieren!“

### Geändert: Neue Rechtsverhältnisse für Richterinnen und Richter



Das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen wird umfangreich geändert werden. Unter anderem soll die Mitbestimmung für die Richterschaft sowie die bisherigen Regelungen für Teilzeit und Altersgrenzen verbessert werden.

Bis Ende 2019 soll eine Evaluation vorliegen, die die neuen Regelungen überprüft: Was bringen die geänderten Modalitäten für einen flexibleren und späteren Ruhestandsbeginn, für neue Teilzeit- und Beurlaubungsmodelle, für die neugestalteten Beteiligungsrechte sowie für die Mitwirkung ehrenamtlicher

Richterinnen und Richter. Zudem soll es das Recht auf eine Familienpflegezeit geben.

Drucksache [16/9520](#) (Gesetzesentwurf Landesregierung), [16/10311](#) (Beschlussempfehlung)

## Geplant: Anpassungen bei Dienst- und Versorgungsbezüge



Die Landesregierung hatte bereits im Juni den Gesetzentwurf für die Erhöhung der Beamtenbesoldung für dieses und das kommende Jahr vorgelegt. In den Landtag wurde die Novelle im September eingebracht. Die darin vorgesehenen Anpassungen der Gehälter sind deckungsgleich mit den Vereinbarungen, die in Gesprächen mit den Gewerkschaftsvertretern getroffen wurden. So erhielten die nordrhein-westfälischen Landesbediensteten bereits mit den Augustgehältern rückwirkend zum 1. Juni mehr Geld. Allerdings wurde die Zahlung unter Vorbehalt gewährt, weil erst der Landtag über das Gesetz abstimmen muss. Am Mittwoch wurde es im ersten Dezemberplenium debattiert.

In den Gesprächen zur Erhöhung der Beamtenbesoldung war vereinbart worden, dass die Beamtinnen und Beamten in NRW 2,1 Prozent mehr Gehalt für 2015 und 2,3 Prozent für 2016 erhalten sollen. Zugleich soll die Besoldungserhöhung verzögert wirksam werden: 2015 waren es drei Monate, 2016 sind es fünf Monate.

Drucksache [16/9807](#) (Gesetzentwurf Landesregierung), [16/10312](#) (Beschlussempfehlung)

## Geeinigt: Verbesserungen für minderjährige Geflüchtete



Um die Zuteilung von unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen ging es am Mittwoch und Freitag im nordrhein-westfälischen Landtag, bei der Debatte um das Fünfte Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (5. AG-KJHG). Es soll die Verteilung nach der individuellen Situation und den persönlichen Bedürfnissen der Mädchen und Jungen sicherstellen. Dabei steht für uns das Kindeswohl an erster Stelle.

Unter anderem wird eine pauschale Kostenerstattung an die Kommunen sowie eine landeszentrale Stelle beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) festgelegt. Das Gesetz folgt bundesweiten Gesetzesänderungen sowie den Vereinbarungen aus dem Flüchtlingsgipfel Ende September 2015.

Mit den Oppositionsfraktionen im Landtag wurde ein beschleunigtes Beratungsverfahren vereinbart: Am Mittwoch wurde das Gesetz eingebracht und ohne Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen, der dann bereits am Donnerstagmorgen sein Votum abgab. Am Freitag erfolgte bereits die zweite und endgültige Lesung mit Abstimmung. Darüber hinaus verständigte man sich auf einen fraktionsübergreifenden Änderungsantrag. Die beantragenden Fraktionen haben ihn gemeinsam erarbeitet und formuliert, um der Einigkeit bei der Frage des Umgangs mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen Ausdruck zu verleihen.

Drucksache [16/10309](#) (Gesetzentwurf Landesregierung), [16/10315](#) (Beschlussempfehlung)

## Gepackt: 30-Millionen-Paket für Schwerpunkte im Haushalt



Mehr als vier Milliarden Euro an Ausgaben plant die Landesregierung 2016 für die Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ein. Die geplante Neuverschuldung will sie im kommenden Jahr dennoch senken: von 1,9 Milliarden Euro in 2015 auf 1,8 Milliarden im nächsten Jahr. Wir erkennen die Anstrengungen zur Unterstützung von Hilfesuchenden aus der Ergänzungsvorlage an. Darüber hinaus haben sich die rot-grünen Fraktionen auf umfangreiche Änderungsanträge zum Haushalt 2016 verständigt. Mit einem Volumen von fast 30 Millionen Euro wurden diese in den Fachausschüssen und am Donnerstag und Freitag in der Haushaltsdebatte beraten. Für den Einzelplan 02 des Etats der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei sprach am Freitag Marion Warden. Die Rede ist auch auf ihrer Homepage zu finden.

Ausgewählte Schwerpunkte sind:

**Extremismus:** Die Umsetzung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus verstärken wir mit einem Etat von 2,1 Millionen Euro, dazu gehört auch die Aufstockung der Mittel für die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus.

**Kultur/Politische Bildung:** Wir werden ein deutliches Zeichen setzen: Insgesamt erhöhen wir den Kulturetat um 3,1 Millionen Euro. Hiervon sollen insbesondere Kinder und Jugendliche profitieren, zum Beispiel durch die Aufstockung des erfolgreichen Programms „Kulturrucksack“.

**Familie:** Zwei Millionen Euro werden zusätzlich für Familiendienste und Familienbildung bereitgestellt und geben den Trägern dieser Einrichtungen eine bessere Planungssicherheit für 2016.

**Bekämpfung von Steuerkriminalität:** 2,5 Millionen Euro zusätzlich werden für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die bessere Zusammenarbeit der Behörden der Finanzverwaltung bereitgestellt. Dies ist gut angelegtes Geld. Es wird in mehr Steuergerechtigkeit investiert und wird am Ende eine hohe Rendite abwerfen.

## Fotonachweis

Fußball:lupo - [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Miteinander: animaflora - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Richter: Sebastian Duda - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Besoldung: Andy Grimm - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Flüchtlingskind: Lydia Geissler -

[www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0